

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 2065

Montag, den 1. September 1924.

48. Jahrgang

Nationale Politik.

Ueber die Bedeutung der letzten Abstimmung im Reichstage äußerte sich Geheimrat Dr. Lugaß folgendermaßen: „Zweifellos bedeutet die Abstimmung der Deutschnationalen Partei einen Wendepunkt von politischer, vielleicht historischer Bedeutung.“

Die demokratische Propaganda gab sofort nach der Abstimmung nach allen Richtungen der Windrose die Stichworte aus: „Umfall, Futtertrippe“.

Ich glaube nicht, daß die Bedeutung des Ereignisses damit in seiner tiefen Bedeutung richtig gekennzeichnet ist.

Richtig ist, daß die Entscheidung für die Deutschnationalen nach ihrer Tradition und nach dem Geiste, der sie und ihre Wählermassen befeuert, eine sehr schwierige gewesen ist. Erst langsam wird man dazu kommen, die Tragweite des Entschlusses zu übersehen. Das Wichtigste ist natürlich die Wirkung für die außenpolitische Stellung Deutschlands. Dieser Gesichtspunkt ist in erster Linie ausschlaggebend gewesen. Die Annahme der Dawes-Gesetze war nicht zu verhindern. Das Schicksal Deutschlands wird davon abhängen, wie sie ausgeführt werden, ob die deutsche Politik die Bahnen der Erfüllungspolitik, d. h. die Politik der besinnungslosen Unterwerfung und haltlosen Versprechen verlassen und eine besonnene, aber feste und vertrauenswürdige Haltung einnehmen wird.

Die Unterschrift der Deutschnationalen unter den Dawes-Gesetzen bedeutet nicht die Anerkennung, daß die vorgeschlagene Regelung der Friedensfrage eine vollständige oder auch nur eine mögliche sei. Mit den Deutschnationalen vereinigen sich jetzt die Nachbarparteien und die deutsche Wirtschaft, auch die Industrie, in dem Bekenntnis, daß die Dawes-Lasten unter den jetzigen Umständen einfach nicht erfüllbar sind, daß sie die wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands überlasten, daß zu einem wirklichen Frieden vor allem die Wiederherstellung der deutschen Freiheit erforderlich ist. Diese Erkenntnis ist namentlich in den Anträgen der Deutschen Volkspartei klar ausgesprochen und findet einen Ausdruck auch in den letzten Erklärungen der Reichsregierung. Vielleicht der Kernpunkt ist die Erklärung der Reichsregierung gegen die Schuldlüge. Vielleicht wird der letztere hier und da als eine leere Demonstration gedeutet; das ist falsch. Ehrenfragen sind niemals ohne Bedeutung, am wenigsten aber für ein Volk, das ohne äußere Macht allein durch moralische Mittel zu wirken vermag. Dazu kommt, daß die Schuldlüge die eigentliche Grundlage für die unsinnigen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ist. In den Vereinigten Staaten und auch in anderen Ländern hat die Bekämpfung der Schuldlüge keinen Boden gewinnen können, aus dem alleinigen Grunde, weil die Reichsregierung als solche es bisher aus ihrer Mentalität nicht hat über sich gewinnen können, amtlich das erprobte Bekenntnis vom August 1919 in Versailles zu widerrufen. Solche Imponderabilien für die Weltstimmung dürfen heute nicht übersehen werden.

Man wird es aussprechen dürfen, daß schon in den letzten Tagen die Haltung der Mittelparteien und damit der Deutschen Reichsregierung eine Wendung genommen hat, deren Bedeutung sich sehr bald herausstellen wird. Diese Wendung war die Folge des Einrückens der Deutschnationalen in die deutsche Verteidigungslinie. Falsch wäre es auch zu glauben, daß hierin für das Ausland lediglich Nachteile lägen. Daß die Welt einen wirklichen Frieden braucht, ist zu einem Gemeinplatz geworden. Ein solcher Friede ist aber nicht möglich, ohne eine vollwertige deutsche Unterschrift. Daß die deutsche Unterschrift nicht vollwertig ist, oder daß, anders ausgedrückt, die Verwaltung der deutschen Geschäfte in Zukunft der Deutschnationalen nicht entraten kann, das in programmatischer Form ausgesprochen zu haben, ist das zweifellose Verdienst der Deutschen Volkspartei, deren Vorgehen überhaupt auf unsere Entschließungen von starkem Einfluß gewesen ist. Dieser höchsten Garantie für den Gegner müssen und werden grundsätzliche und fühlbare Erleichterungen der deutschen Lasten entsprechen.

Ich habe das volle Vertrauen, daß die Deutsche Volkspartei sich auch in Zukunft von den Deutschnationalen nicht mehr wird trennen lassen. Diese Ehe wird auch für die Deutsche Volkspartei insofern von Vorteil sein, als sie diese von einem Liebesangeln mit Marxismus und Internationale und anderen flatterhaften Seitensträngen abseits von ihrer Grundlinie am besten bewahren wird.

Es ist also nicht ein vergebliches Opfern eines deutschen Attributs, wenn jetzt die deutschnationale Reserve eingesetzt wird, niemand darf so vermessen sein, zu behaupten, daß er sicher sei, dieser Zeitpunkt für den Einsatz der deutschnationalen Volksträfte sei zweifellos der richtige gewesen. Solche Entschlüsse ruhen letzten Endes auf instinktivem Gefühl. Niemand von uns, am wenigsten die Herren, die sich zu einem Ja ent-

schlossen haben, verkennen die Schwere der Verantwortung. Wir wissen, daß unser Schritt in breiten Massen der Wählerschaft noch nicht verstanden wird. Wir haben es gewagt! Wir haben an das alte Wort gedacht:

„Es ist nicht nötig, daß wir leben; aber es ist nötig, daß wir unsere Pflicht tun.“ Dieses Wort muß auch von einer deutschen Partei gelten. Erst die Zukunft kann unser Richter sein.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. August.

Zunächst wird das deutsch-spanische Handelsabkommen dem Ausschuss überwiesen, ohne daß eine Beratung stattfindet. Als dann stehen auf der Tagesordnung zur zweiten Lesung die verschiedenen

Annektionsanträge

der Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Der Ausschuss schlägt vor, sämtliche Anträge abzulehnen. Mit verschiedenen Mehrheiten werden auch tatsächlich sämtliche Gesetzentwürfe und die vorliegenden Abänderungsanträge abgelehnt, wodurch die dritte Lesung überflüssig wird.

Zölle und Umsatzsteuer.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Lesung des Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer.

Abg. Loebe (Soz.) beantragt Absetzung von der Tagesordnung und Vertagung der Beratung. Eine überstürzte Behandlung sei nicht nötig und nicht angebracht, zumal der Getreidepreis ohne Zoll höher sei als 1914.

Abg. Hepp (D. V. P.) widerspricht dem Absetzungsantrag der Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit. Die Sozialdemokratie treibe keine sachliche Politik, sondern wolle die Antwort geben auf die Abstimmung vom Freitag. Damit richtet sie sich nur selbst. (Beifall rechts.)

Reichsernährungsminister Graf Ranitz bittet, dem sozialdemokratischen Antrage nicht stattzugeben. Die Regierung sei sich der Verantwortung bewußt, die sie mit der Einbringung der Vorlage übernommen habe. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß die Vorlage im Ausschuss mit aller Ruhe behandelt werden muß. Dort sei allen Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Vorlage sei in keiner Weise mit den Verhandlungen am Freitag in Verbindung zu bringen. Die Einbringung sei im Reichstabinett schon beschlossen worden, als das Ergebnis der Londoner Beratungen noch nicht zu übersehen war.

Abg. Kleinath (Dem.) bedauert, daß die Vorlage in einem Augenblick eingebracht werde, der den Anschein erwecke, als ob sie mit den Freitag-Verhandlungen in Verbindung stehe. Die Fraktion sei aber trotzdem für Ausschussberatung.

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß die Vorlage die Bezahlung für die Abstimmung für die Deutschnationalen sei. (Große Unruhe rechts.)

Reichsernährungsminister Graf Ranitz weist nochmals auf die Dringlichkeit der Vorlage hin mit Rücksicht auf die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen. Werde die Vorlage jetzt keinem Ausschuss überwiesen, so müsse der Reichstag statt zu Mitte Oktober schon Ende September wieder zusammentreten. (Rufe: Auflösen!)

Reichswirtschaftsminister Hamm bedauert diesen Aufruf zu den Zollverhandlungen. Diese Dinge sollten doch aus der politischen Agitation herausgelassen werden. (Unruhe.) Es sei notwendig, daß wir wieder in die Weltwirtschaft hineinkommen. Auch bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien braucht die Regierung diese Unterlagen. Darum müsse die Zeit für eine eingehende Prüfung im Ausschuss vorhanden sein.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) lehnt die Unterstellung irgendwelcher politischer Motive mit aller Entschiedenheit ab. Eine Verschleppung der Vorlage sei vor dem Volke und dem Lande nicht zu verantworten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dt.-Nat.) protestiert gegen den verleumderischen Vortritt des Ruhrhandels und fordert Erledigung der Vorlage.

Abg. Loebe (Soz.) gibt zu, daß die heutige Haltung der Sozialdemokratie in einem gewissen Zusammenhang stehe mit den Vorgängen vom Freitag.

Ernährungsminister Graf Ranitz stellt fest, daß die Ausschussberatungen in der 2. Hälfte des September beginnen sollen.

Abg. Dr. Beder-Hessen (Dt. Volksp.) hebt hervor, daß durch das Verhalten der Sozialdemokraten die Möglichkeit, zu Handelsvertragsverhandlungen zu kommen, verzögert werde. Das schade gerade dem arbeitenden Volke, das schade gerade der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und der deutschen Arbeiterschaft. Dieser Coup der Sozialdemokraten sei der erste Ver-

such der Sabotage der Londoner Abmachungen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dt.-Nat.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Loebe.

Die Abstimmung ist namentlich. Vor der Abstimmung zweifelt der Abg. Loebe (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Von den anwesenden bürgerlichen Parteien werden nur weiße Ja-Zettel abgegeben. Die Auszählung ergibt, daß 215 Abgeordnete anwesend sind, die sämtlich mit Ja gestimmt haben. Das Haus ist also beschluß unfähig.

Präsident Wallraf beraumt eine neue Sitzung mit derselben Tagesordnung auf 15 Minuten später an.

Die neue Sitzung.

Die bürgerlichen Parteien sind in alter Stärke erschienen, von den Sozialdemokraten und Kommunisten sind nur einige Horchposten im Saale. Präsident Wallraf teilt für alle Fälle gleich zu Beginn der Sitzung mit, daß nach Vorschlag des Ältestenrates der Reichstag sich bis zum 15. Oktober vertagen soll. Der Präsident soll ermächtigt sein, auch eventuell eine frühere Einberufung herbeizuführen. Die Abgg. Dittmann (Soz.) und Koenen (Komm.) begreifeln erneut die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Präsidium muß feststellen, daß das Haus wiederum beschluß unfähig ist. Präsident Wallraf erklärt darauf: Wir treten damit also in die Ferien ein. (Heiterkeit.) Er wünscht dem Hause gute Erholung. Ich hoffe, daß dann wieder nach der Erregung der letzten Tage eine sachliche parlamentarische Arbeit beginnen kann. (Lebhafter Beifall.)

Die Macht der Annahme.

Die Unterzeichnung des Paktes.

London, 30. August. Die Unterzeichnungen der Protokolle des Londoner Abkommens sind heute mittag durch die Vertreter der alliierten Staaten und der deutschen Regierung im englischen Außenamt erfolgt. Die Unterzeichnung trug nicht den geringsten zeremoniellen Charakter, obwohl diese Londoner Protokolle als das bedeutsamste internationale Dokument seit dem Friedensvertrag von Versailles betrachtet werden müssen. Nach dem amtlichen englischen Funkdienst tritt das Londoner Abkommen sofort in Kraft.

Die zufriedene Hochfinanz.

Berlin, 30. August. Uebereinstimmend ist man in den Direktionsbüros der Großbanken der Auffassung, daß das achtjährige Reichstagergebnis der deutschen Wirtschaft neue Bahnen öffnen wird. Vor allem dürften die Zahlen der Abstimmung im Auslande allgemein Befriedigung hervorrufen und das beginnende Vertrauen kräftig fördern helfen. Sowohl in England als vor allem in Amerika haben die dortigen Wirtschaftskreise förmlich auf den Augenblick der Unterzeichnung des Londoner Abkommens gewartet, um für die bereits angebahnten Geschäfte eine optimistisch gereinigte Atmosphäre zu bekommen. In Berliner Großbankkreisen erwartet man daher schon für die nächste Woche einen erheblichen Geldstrom aus dem Auslande, der sowohl in Form von Aktienkäufen als auch von Krediten antommen dürfte.

Unbehagen in England.

Der „Daily Telegraph“ benutzte die Gelegenheit, das Rätsel des parteipolitischen Ruhrhandels zu kritisieren. Die liberalen Mitglieder beschäftigten sich im Gegensatz zu den konservativen in kurzen Leitartikeln mit dem Ergebnis der Reichstagsitzung. „Westminster Gazette“ freut sich des erreichten Erfolges. Das Blatt lenkt die Aufmerksamkeit seiner Leser auf die Erklärung des Reichskanzlers, daß seiner Meinung nach eine schnellere Räumung des Ruhrgebietes durch einen deutsch-französischen Handelsvertrag erreicht werden könnte. Dies sei eine bedeutendere Erklärung, als vor einigen Wochen, denn England sei jetzt im Besitze einer Herriotschen Version, wonach er im Senat eine derartige Verpflichtung abgelehnt habe. Das Blatt sagt schließlich, wenn Deutschland nun neue Verhandlungen über den Handelsvertrag wünscht, so ist alles, was wir sagen können, daß diese Verhandlungen bestimmt sein werden, unser Land zu benachteiligen. Kein Vertragskomitee kann MacDonald von der Verantwortlichkeit befreien und von der Pflicht, nimmeh durch diplomatische Mittel unseren Handel von den nachteiligen Folgen seines Umfalles in der Frage der Ruhrbefreiung zu befreien. „Daily Chronicle“ schreibt ähnlich mit einem Hinweis auf die industrielle Unterdrückung und Schädigung Englands durch den deutsch-französischen Handelsvertrag. Die Lage ist ernst, und die Verantwortlichkeit hierfür trägt zum großen Teile Ramsay MacDonald. Die Deutschen wollen die Franzosen so schnell wie möglich aus der Ruhr haben, und es ist dies der Punkt, an welchem die Franzosen den Hebel zur Erreichung eines Vertrages ansetzen können, den sie gern unter Dach und Fach haben möchten.

Mißtrauen in Paris.

Paris, 30. August. Die Pariser Morgenpresse zeigt über

R.P.

Eröffnung

der Herbst- und Winter- Damen-Mäntel-Konfektion

In der diesjährigen Saison bietet sich meiner werten Kundschaft bei der enormen Auswahl, den la. Qualitäten, der la. Verarbeitung und den alleräußersten kalkulierten Preisen die allergünstige Kauf-Gelegenheit!

Beachten Sie gefälligst meine Auslagen!

Richard Pfau, Langestr. 61.

Ämliche Bekanntmachungen.

Nachtrag zur Tagesordnung

der Stadtverordneten-Versammlung am 3. Septbr. 1924.

20. 1335 St. Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert vom 1. Oktober d. Js

21. 2199 St. I Nachtrag zur Vergütungssteuerordnung

22. 2414 St III Nachtrag zur Ordnung betr Besteuerung des Herbergvertrages vom 30. 9. 1921.

Geheime Sitzung.

5. Ausschreibung der Oberbürgermeisterstelle.

Stolp, den 1. September 1924.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

gez. Dr. Schmidt.

Unsere verehrlichen Genossen laden wir zu der am **Donnerstag, den 11. September d. Js., vormittags 11 Uhr** in **Mund's Hotel** stattfindenden

außerordentlichen

General-Versammlung

hiermit ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Aenderung der §§ 37 u. 14 der Satzung.
2. Zusammenlegung der Geschäftsanteile.
3. Umrechnung der bisherigen Geschäftsguthaben.
4. Geschäftliches.

Stolper landw. Konsumverein

e. G. m. b. H.

gez. von Boehn-Culfow gez. Dahmers.

Generalvertretung einer erstklassigen

Hamburger Cigarrenfirma

sucht für den dortigen Bezirk einen

tüchtigen, seriösen Herrn

mit reichen Beziehungen zu ersten Privatkreisen, auch auf dem Lande, besseren Hotels, Restaurationen etc. Ausführliche Angebote mit Angabe von Referenzen an die Exped. d. Bl. unter **H. P. 25** erbeten.

„Croula“

das neue hochinteressante Gesellschaftsspiel im

Hotel zum Franziskaner.

Täglich in Betrieb. **Eintritt frei!**



Voranzeige!

Deutschnationaler Volksverein

Stolp, Stadt und Land.

Sitzung

des engeren und erweiterten Vorstandes

am **Sonnabend, den 13. September**

vorm. 10 Uhr im Jugendheim Präsidentenstraße.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Wahl eines neuen Vorsitzenden.
2. Beschlussfassung über Veränderungen im Vorstand.
3. Anträge und Verschiedenes.

Anschließend Sitzung des erweiterten Vorstandes.

Satzungsgemäß gehören zum erweiterten Vorstand die Vertrauensleute der Ortsgruppen in Stadt und Land.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes notwendig.

Der Vorstand.

Stadt-Theater

Tel. 419 Dir. H. Schneider Tel. 419

Dienstag, 2. September, 7 1/2 Uhr:

Tanzabend

des 3. Pt. besten deutschen Kunsttänzerpaars

Lotte Siber und Walter Kujawski

(Bez Kainer) (Ernst Matray)

Ganzes Orchester

Donnerstag, 4. September, 7 1/2 Uhr:

Eröffnungs-Vorstellung

„**Totentanz**“

Drama in 3 Akten v. A. Strindberg.

Regie: Ferdinand Staeding.

:: Freitag und Sonntag Wiederholungen ::

Kasse täglich 11-1 und ab. 6 Uhr.

Saatroggen

Bettuser Original und spätere

Abfaaten

hat in größeren und kleineren Mengen abzugeben

Eduard Frankenstein

Tel. 958/65.

Leinsaat

Serradella

Tymothee

kauft und erbittet Angebote.

Eduard Frankenstein,

Wollweberstr. 17.

Gänsefedern

weiß und daunig zum Selbstreiben p. Pfd. 1.75 Mark, rein weiße Gänsehalbdaupe, füllfertig p. Pfd. 4.— Mk., versendet in reeller Ware portofrei p. Nachnahme

Bommerische

Bettfedernfabrik

Otto Lubs

Stettin-Grabow.

Metallbetten

Stahlmatrassen, Kinderbetten dir. an Priv., Katal. 91 L frei. Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Nehme ständig zur Verarbeitung für

Haferflocken und Grütze Hafer und Gerste an.

Umtausch erfolgt sofort.

Richard Schultz

Mehl- und Getreidehandlung,
Hofstentorstr. 23.

Haupt- oder Nebenberuf Mk. 20.—

verdienen Sie täglich als das Mindeste. Damen und Herren, welche an Privatkunden, aller Art Geschäfte, Gewerbebetriebe, Fabriken, Behörden etc. einen absolut konkurrenzlosen Artikel verkaufen wollen, schaffen sich eine äußerst lohnende Verdienstmöglichkeit. Der Artikel wird überall notwendig gebraucht und immer wieder nachgekauft. Leicht verkäuflich. Kein Luxus. Kein Kapital nötig. Gegen Einsendung von Mk 3.— Kautions im Brief (keine Briefmarken) oder auf Postcheckkonto Berlin Post 138 780 sende ich Ihnen ein Originalmuster und Reklamematerial. Sie haben kein Risiko. Zahle bei Nichtaufgabe und Rücksendung des Musters unter Garantie Geld zurück.

C. Sternberg-Berlin W. 35.

Potsdamer Str. 106a.

Reines Schweineschmalz

Pfund 85 Pfg.

empfiehlt

Gustav Paulwitz

Fettwaren-Spezialhaus